



ANMERKUNGEN ZU SEINEM GRUNDSATZTEXT IN DER FAZ

Horst Seehofers neue Blendgranate: „Heimat“

Von WOLFGANG HÜBNER | Eine ganze Seite hat die FAZ am 30. April 2018 Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) zur Verfügung gestellt, damit er der schwindenden Leserschaft der „Zeitung für Deutschland“ in grundsätzlicher Weise darlegen kann, warum er nun auch Heimatminister ist und was er damit bezweckt. Die Überschrift des Textes lautet schlicht „Heimat“, darunter ist eine bunte Zeichnung von Joseph Beuys abgedruckt, die, na ja, „Rosen am Ostseestrand“ zeigen soll. Die Auswahl dieses Werkes durch die Redaktion könnte signalisieren: So wenig in der Zeichnung Rosen am Ostseestrand zu erkennen sind, so wenig wissen wir im bereits gut umvolkten Frankfurt, was heutzutage Heimat sein könnte.

Umso gespannter ist der Leser nun, was der noch ziemlich neue Innenminister in Berlin zum Thema zu sagen hat bzw. von ihm autorisiert von seinen Redenschreibern und Beratern formulieren ließ. Gleich im ersten Absatz taucht das Gespenst der AfD auf, einer Partei, die im gesamten Text kein einziges Mal beim Namen genannt wird, doch die bis zur letzten Zeile stets präsent ist. Seehofer stellt anfangs fest, die Republik streite um Begriffe wie „Zusammenhalt und Zusammengehörigkeit, Heimat und Identität“ und folgert ganz richtig: „Auslöser war

das Ergebnis die Bundestagswahl im September 2017, in dem die tiefe Verunsicherung von Millionen Wählern und Wählerinnen zu spüren war.“

Da Seehofer das Kürzel des Wahlgewinners AfD scheut wie der Teufel das Weihwasser, erklärt er die „tiefe Verunsicherung“ nicht parteipolitisch, sondern gräbt tiefer, was eigentlich zu begrüßen ist, und erkennt eine durch die Globalisierung bedingte „Entgrenzung aller Lebensverhältnisse“. Diese Entwicklung sei „zum überragenden politischen Problem der kleinen Leute geworden“. Wer wäre besser geeignet sich um das Elend der „kleinen Leute“ zu kümmern als der Hüne und Sozialpolitiker aus Ingolstadt? Seehofer hat bereits ein Rezept: „Alltagsprobleme der Menschen anzupacken und für Zusammenhalt und gleichwertige Lebensverhältnisse in einer immer unübersichtlicheren Lebenswirklichkeit zu sorgen, das ist das Kernanliegen deutscher Innenpolitik.“

Schauen wir also, wie der Minister mit dem „Kernanliegen“ umgeht. Erst einmal folgt eine kritische Skizzierung der gesellschaftlichen Situation, die durchaus so ähnlich auch von einem linken oder rechten Analytiker stammen könnte. Erinnerung wird an die „Väter und Mütter des Ordoliberalismus“, die schon vor vielen Jahren vor einer „Überforderung durch Freiheit ohne Ordnung“ gewarnt hätten. Diese Überforderung, auf die Spitze getrieben durch die auch von Seehofer widerstandslos hingenommene Masseninvasion im Herbst 2015, habe nun zum „Kampf um die Bewahrung des Traditionellen, des Heimischen, des Allgemeinen, des Verbindenden und des Kollektiven“ geführt.

Der ehemalige und jetzige Bundesminister sowie langjährige bayerische Ministerpräsident besitzt die Schamlosigkeit, all das zu schildern, als habe er in den vielen Jahren in entscheidenden politischen Machtpositionen in Deutschland mit all den negativen Entwicklungen eigentlich nichts zu tun gehabt, als hätte er das alles nur staunend und passiv zur Kenntnis genommen. In dem gesamten Text ist deshalb nicht die

Spur von Selbstkritik oder zumindest von kritischer Selbstreflektion eines politischen Entscheiders zu erkennen.

Doch zurück zur „Heimat“. Wie definiert Seehofer diesen Begriff? Wir erfahren: „Heimat ist ... eine ganz grundlegende und jeden Menschen berührende, nachhaltige Erfahrung mit anderen Menschen in mehr oder weniger eingrenzbaeren Räumen.“ Um sich politisch abzusichern, zitiert der allzeit vorsichtige Seehofer eine ähnlich lautende Heimat-Definition des grünen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann und gar auch noch Joseph Fischers rotzige Äußerung zum Thema: „Es gibt so etwas wie eine kollektive Identität“. Nebenbei: Da würde sogar Angela Merkel beipflichten...

Im folgenden Absatz kommt dann aber ein Satz, in dem Minister Seehofer, wahrscheinlich unabsichtlich, dem aufmerksamen Leser offenbart, warum ihm „Heimat“ politisch-strategisch so sehr am Herzen liegt: „Für mich ist der Begriff Heimat zentral, weil er in seiner Vielfältigkeit weniger streitbelastet ist als Leitkultur oder Nation“. Welchem Mitarbeiter des Ministers auch immer diese Formulierung zu verdanken ist: Er ist sein Geld zweifellos wert! Denn unter dem Allzweckbegriff „Heimat“ kann Seehofer künftig das linksgrüne Hauptziel „Vielfalt“ ebenso beflissen wie geschickt bedienen wie die eher rechtskonservativen Reizthemen „Leitkultur“ und „Nation“ weitgehend aus der Diskussion entfernen – wahrhaftig, ein geschickter Schachzug!

Im Folgetext ist folglich von Nation und Leitkultur auch nicht mehr die Rede, wohl aber von Vielfalt: „Im Umgang mit der Vielfalt steckt die Herausforderung, sich eigener Überzeugungen zu vergewissern und sie im Vergleich und Dialog mit anderen zu überprüfen – auch und gerade dann, wenn Werte zueinander in Konkurrenz treten und eine Abwägung und Priorisierung von Werten notwendig ist.“ Wer so wolkig dahinschwafelt, wird gewiss ein willkommener Gesprächspartner für die Moslemverbände auf den künftigen Islamkonferenzen sein.

Nur noch einmal in dem schier endlosen Seehofer-Artikel gibt es eine Stelle, die ein Zitat wert ist: „Unser Land ist kein neutrales Siedlungsgebiet, sondern aus ihm sind Traditionen und eine ganz eigene Kultur erwachsen.“ Würde der Innenminister das ernst meinen, dann könnte er kaum den Kabinettstisch in Berlin mit der unbelehrbaren Grenzöffnerin im Kanzleramt sowie einem Koalitionspartner teilen, der zusammen mit der eng mit ihm verbandelten Sozialindustrie gar nicht genug Umvolker aus aller Welt nach Deutschland importieren kann. Aber Horst Seehofer will ja nach seiner Vertreibung aus Bayern unbedingt noch mit im Machtspiel bleiben. Ob Ingolstadt, München oder Berlin – Heimat ist für so einen schließlich immer irgendwo.



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der 71-jährige leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.



Ellwangen: Mit dem Ellbogen gegen Rechtsstaat – ohne Konsequenzen

[Pressekonferenz der Polizei zum Einsatz in der LEA Ellwangen](#)

Die Pressekonferenz der Polizei zum Großeinsatz in der LEA Ellwangen zum Nachschauen. Etwa ab Minute 5:45 geht es los.

Posted by [SWR Aktuell](#) on Thursday, May 3, 2018

„Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf“ (Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen).

Bis 2015 war Ellwangen eine malerische und beschauliche Stadt im Osten Baden-Württembergs – nahe der Grenze zu Bayern, etwa 17 Kilometer nördlich von Aalen. Aber seit der großen Asylflutung berichtet die Presse nun immer wieder aus Ellwangen, insbesondere von der dortigen Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA): Mal sind es extrem gewalttätigen Auseinandersetzungen der Merkelgäste untereinander. Dann wieder wird Jagd auf Security-Mitarbeiter gemacht, Einheimische werden beraubt, niedergeschlagen oder Frauen sexuell genötigt. Es wäre müßig, alle kriminellen

Vorkommnisse dieser Art in Ellwangen aufzuführen. Fast täglich muss die örtliche Polizei derzeit in der LEA Ellwangen einschreiten. So wie in Dutzenden weiteren „Willkommenszentren“ in ganz Deutschland.

Überall wo sich die von den Altparteien lang herbeigesehnten „Ingenieure, Pflegedienst-Spezialisten, Lkw-Fachkräfte und Chefärzte“ wohlfühlen und ausleben dürfen, zieht die Vorsteinzeit und die Anarchie ein. Viele deutsche Städte haben ähnliche Probleme. Jetzt gab es in Ellwangen aber einen hervorstechenden Vorfall, der veranschaulicht, welche drastischen Zustände in Deutschland in wenigen Jahren wohl überall herrschen werden.

Die Horden sind schon lange nicht mehr zu kontrollieren. In Ellwangen, Sigmaringen, Ingolstadt-Manching, Bamberg, Dortmund, Essen, Berlin und vielen anderen „Erstaufnahme-Willkommenszentren“ verdeutlicht sich, dass sich in Deutschland Dank der Invasion von Millionen junger kampffähiger und kampferprobter Männer aus meist islamischen Dritte Welt Ländern das Faustrecht und das Recht des Stärkeren durchsetzt wird. Es wird immer klarer, Deutschland steht am Rande des totalen Staatsversagens.

Rund [200 Afrikaner verhinderten die Abschiebung](#) eines „23-jährigen schutzbedürftigen Togolesen“ aus der Flüchtlingsunterkunft in Ellwangen mit vehementer Gewalt Unterstützung durch andere Polizeikräfte war nicht in Sicht, da die Organisation und Anfahrt dafür mehrere Stunden gedauert hätte.

Es zeigte sich wie einfach man sich in Deutschland heute gewaltsam durchsetzen kann. „Ein bisschen Gewaltandrohung“ durch die ach so friedlichen „Schutzsuchenden“ und schon kuscht der rotgrün verseuchte Staat und macht wieder einmal den gewohnten Kotau vor den neuen Herrenmenschen.

Bei der heutigen „Großbrazzia“ ([PI-NEWS berichtete bereits](#))

durch „mehrere hundert“ Polizisten, Willkommensärzte, 34 Rettungssanitäter und Hundestaffeln wurden insgesamt fünf Afrikaner vorübergehend festgenommen, darunter der eigentlich abschiebepflichtige Hauptaggressor Yussif O. aus Togo. 17 Asylsuchende wurden „verlagert“, und damit das eigentliche Problem. Sie werden den Keim der Gewalt in weitere „Unterkünfte“ von weiteren Traumatisierten bringen, falls noch nicht vorhanden.

Die weiter in Ellwangen verbleibenden und vom deutschen Steuerzahler vollversorgten Asylantragsteller aus aller Welt haben jedoch eine wichtige Lektion fürs Leben gelernt: Man muss nur richtig brutal und extrem gewalttätig vorgehen. Mit Gewalt kann man im Land der dummen Gutmenschen und der nach dem Koran minderwertigen und unreinen „Ungläubigen“ jede Forderung schnell und unbürokratisch durchsetzen. Notfalls hilft ein Messer oder eine Eisenstange bei der Argumentationsfindung!

Eigentliche Härte nur gegen deutsche GEZtapo-Verweigerer

Mit welcher Härte hätte wohl die Polizei bei der einheimischen Bevölkerung durchgegriffen? Da wäre jede GEZ-Zwangsabgaben-Verweigerung, oder ein nicht bezahltes Bußgeld wegen Falschparkens nach dem ersten Vollstreckungsbescheid wahrscheinlich mit größerer staatlicher Gewalt durchgesetzt worden. Man stelle sich vor, die deutschen Betroffenen hätten der Polizei ein ähnliches Ultimatum gestellt. Vermutlich wäre in kürzester die bewaffnete GSG9 mit Hubschraubern eingeflogen und in den Staatsmedien bundesweit groß berichtet worden. Aber bei traumatisierten Scheinasylanten hat der grün-rot-schwarze Justizapparat als stärkstes Legalitätsmittel nur Samthandschuhe zur Verfügung.

Das dünne Resultat der „Polizeiaktion mit Spezialkräften unter Beihilfe des LKA“ ist auf jeden Fall verheerend für Deutschland. Es zeigt, dass die „Geflüchteten“ aus allen Löchern der Welt mit Gewalt jede Forderung erzwingen können.

Wenn sich das einmal via Smartphones herumgesprochen hat werden sich bald brandschatzende Horden alles mit Gewalt nehmen, was ihnen nach den Worten von Bundesminister Gerd Müller „[eigentlich zusteht](#)“.

Hier sah man, dass unsere Sicherheitskräfte gar nicht in der Lage sind, kommende großflächige Moslem-Aufstände oder marodierende Horden von Neubürgern aufzuhalten. Deutsches Recht gegen die Invasoren durchzusetzen ist jetzt schon fast unmöglich. Die innere Sicherheit und das Rechtsempfinden normaler einheimische Bürger hat die Kanzlerin bereits tiefgreifend zerstört.

Wieso bei all diesen vielen „Einzelfällen“ die AfD in Ellwangen bei der Bundestagswahl 2017 nicht über 10,8 Prozent der Stimmen gekommen ist, bleibt ein Rätsel. Es veranschaulicht, dass diese Stadt sicherlich noch weit aus mehr Bereicherung hinnehmen kann. Läuft man tagsüber durch Ellwangen, sieht man nur noch Rudel von unterbeschäftigten und gut erhaltenen Schwarzafrikanern und viele Araberjungmänner. Die Schmerzgrenze für Ellwangen und wahrscheinlich auch für ganz Deutschland ist noch lange nicht erreicht.

Bernd Gögel, AfD-Fraktionsvorsitzender in Baden-Württemberg:

„Gemeinsam mit Millionen von Bürgern aus ganz Baden-Württemberg hat die Landtagsfraktion der AfD mit Wut und Entsetzen aus den Nachrichten vernehmen müssen, dass das Rechtsstaatssystem der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile offensichtlich nicht einmal mehr in der Lage ist, durch die Polizei eine behördlich angeordnete Abschiebung durchzuführen, und vor einem schwarzafrikanischen Migrantemob kapitulieren muss, wie vorgestern in Ellwangen geschehen.“

„Die beschämenden Vorgänge in der Flüchtlingsunterkunft zeigen das Versagen des Staates gegenüber den vermeintlichen ‚Schutzsuchenden‘ mehr als deutlich auf“, so Gögel.

„Ganz offensichtlich ist keine Institution mehr in der Lage, den Erpressungsversuchen der afrikanischen Gewalttäter etwas entgegenzusetzen – der Staat löst sich auf und lässt die Menschen allein und hilflos zurück!“ Nicht nur den AfD-Abgeordneten stelle sich unter diesen Umständen die Frage, ob Abschiebungen in Zukunft überhaupt noch durchführbar sind, wenn das Ellwanger Beispiel unter den vermeintlichen „Asylbewerbern“ Schule machen sollte, schlimmstenfalls noch tatkräftig befeuert durch vermeintliche Gutmenschen in ihrem paranoiden Weltrettungswahn.

„Wenn der Staat sich einmal als erpressbar erweist, wird er es auch zukünftig bleiben“, so Bernd Gögel.

Erneute Verschleierungstaktik von Polizei und Politik

Zudem lässt die Tatsache, dass die gewalttätige Gefangenenbefreiung in Ellwangen bereits in der Nacht von Sonntag zu Montag stattfand, aber erst am Mittwoch bekanntgegeben wurde, weitere Fragen offen, die umgehend auf parlamentarischer Ebene geklärt werden müssen, so Gögel.

„Offensichtlich sollte nicht nur die den Rechtsstaat pervertierende Straftat an sich verschleiert werden, sondern auch die Unfähigkeit der baden-württembergischen Polizei, die durch solche Aktionen zur Lachnummer verkommt und Nachahmungstäter regelrecht animiert, mit dem Rechtsstaat Katz und Maus zu spielen.“

Die Fraktion der AfD im Landtag von Baden-Württemberg hat daher eine Sondersitzung beantragt: Unter dem Titel ‚Gefangenenbefreiung Ellwangen – Verlust des staatlichen Gewaltmonopols bei Abschiebungen‘ verlangt die AfD von Wolfgang-Schäuble-Schwiegersohn und Innenminister Thomas Strobl, CDU, im Innenausschuss Rechenschaft über die von einer afrikanischen Migrantengruppe verhinderte Abschiebung abzulegen.

Die AfD werde deshalb auch die Herstellung der Öffentlichkeit zu dieser Sitzung beantragen. „Der Innenminister beteuert, keine rechtsfreien Räume zu dulden. Was davon zu halten ist, wurde in Ellwangen eindrucksvoll vorgeführt“.

Streichung aller monetären Leistungen, Abbruch des Asylverfahrens und sofortige Ausweisung

„Unabdingbar ist vor allem auch, die 200 gewalttätigen Straftäter aus Afrika wegen der von ihnen vollzogenen Gefangenenbefreiung sowie der Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der eingesetzten Polizeibeamten mit der ganzen Härte des deutschen Rechtsstaates zur Verantwortung zu ziehen“, betont der AfD-Fraktionsvorsitzende.

„Ausländische Gewalttäter genießen in Deutschland kein Widerstandsrecht und dürfen auch nicht dazu ermutigt werden, Widerstand gegen die Staatsgewalt auszuüben, ohne dafür drastische Konsequenzen in Kauf nehmen zu müssen. Den betreffenden Scheinasylanten sind daher mit sofortiger Wirkung alle monetären Leistungen zu streichen und die laufenden Asylverfahren abubrechen. Stoppt den Willkommens-Magnet!

Alle an der gewaltsamen Gefangenenbefreiung beteiligten Afrikaner gehören sofort kompromisslos abgeschoben und lebenslang an der Wiedereinreise gehindert“, so Bernd Gögel. Zudem sei bei zukünftigen Abschiebungen eine deutlich bessere Vorbereitung der Polizei abzusichern, so dass sich derartige Vorkommnisse nicht wiederholen können und der Rechtsstaat nicht vor „Kulturbereicherern“ aus der dritten Welt gänzlich sein Gesicht verliert.

Ein weiterer Willkommens-Kultur-Bericht aus einer LEA im ehemals beschaulichen und erfolgreichen Bundesland Baden-Württemberg: „[Sigmaringen und die Flüchtlinge](#)“.

Vor 74 Jahren war das malerische Hohenzollern-Sigmaringen [sogar für einige Monate die Hauptstadt Frankreichs](#). Heute ist es mit seiner LEA neben Ellwangen die Hauptstadt eines

evidenten historischen Staatsversagens!



Türken über „Ungläubige“: „Ergreift sie alle und tötet sie“

Bei einer Straßenumfrage in der Türkei wurden Passanten gefragt, was sie über Atheisten denken und wie man mit ihnen umgehen sollte. Die Antworten waren eindeutig: Ungläubige seien Tiere und keine Menschen, man sollte sie gleich selber abstechen, wenn man sie erwischt oder ISIS übergeben, denn sie glauben schließlich nicht Allah. Es kann davon ausgegangen werden, dass nicht wenige Türken hier in Deutschland ganz genauso denken. Die Integration von Moslems in die westliche Gesellschaft kann und wird niemals gelingen. *(Gefunden auf der [Facebookseite von Imad Karim.](#))*



Facebook sperrt Account von Serge Menga wegen „Schwarzenegger“

Von LUP0 | Hören Sie auf den schönen deutsch-österreichischen Nachnamen „Schwarzenegger“ und sind Inhaber eines Facebook-Accounts? Dann seien Sie auf alles gefasst, denn der internationale Messenger-Dienst aus Amerika kennt kein Pardon, wenn es um „Hass“ und „Rassismus“ geht! Die Silben „Schwarz“ und „Negger“ gehen nämlich gar nicht! Deshalb haben jetzt die Dösbaddeln von Facebook den Account von Serge Menga gesperrt. Menga ist deutscher politischer Aktivist mit kongolesischer Abstammung und bekannt für seine Kritik am Verhalten von Zuwanderern in Deutschland und an der Politik der Bundesregierung im Rahmen der Flüchtlingskrise.

Was hatte Serge „verbrochen“? Ihn hatte die Negativ-Presse vor allem in der WAZ über eine Veranstaltung am Sonntag „Eltern gegen Gewalt“ in Essen-Steele genervt. Die Veranstaltung, bei der Serge als Gastredner geladen war, war nach Serges Meinung ungerechtfertigt in die rechtsradikale Ecke gestellt worden.

Daraufhin hatte Serge auf Facebook gepostet. Zu einer Fotomontage, die ihn als „Terminator“ a la Arnold Schwarzenegger darstellte, so berichtet er, war hinzugefügt: „Leg Dich nicht mit Serge Schwarzenegger an“.

Wie gesagt, Facebook greift bei bösen Worten knallhart durch. Entweder kennen die Hatespeech-Kontrolleure des international agierenden Unternehmens den weltbekannten Schauspieler und Ex-Gouverneur von Kalifornien, Arnold Schwarzenegger, nicht – oder die Facebook-Suchmaschinen haben versagt. Die Silben-Kombination „Schwarz“ und „negger“ reichten aus, dass die Alarmglocken in der Essener Facebook-Löschzentrale schrillten und Serge Mengas Account für 30 Tage gesperrt wurde. Da

spielte es auch keine Rolle, wenn „Neger“ gewöhnlich mit einem „g“ geschrieben wird. Mark Zuckerberg soll ja sein Studium vorzeitig geschmissen haben.

In einem Video (hier) amüsiert sich Gemütsmensch Serge köstlich über den Vorfall am Morgen nach seinem Post und nimmt sich selbst als „der Swatte aus Essen“ auf den Arm. Er erinnert die Facebook-Löschzentrale zunächst daran, dass er selbst schwarz ist und der Name Schwarzenegger mit doppelt „g“ geschrieben wird. Dann dreht er den Spieß um: Es sei „Rassismus pur“ von Facebook, denn er dürfe jetzt davon ausgehen, dass, wäre er weißhäutig und hätte Tim Schwarzenegger geschrieben, dann hätte es vermutlich keine Löschung gegeben. „Wer sind denn nun die Rassisten?“, fragt Menga. „Wer sind denn diejenigen, die für Spaltung und Hetze sorgen?“

Serge Menga kündigt ein anwaltliches Nachspiel an. Zuvor will er aber am Donnerstag vor der Essener Facebook-Löschzentrale für einen Megaphon-Auftritt sorgen. Sobald das Video vorliegt, werden wir es einstellen.



**Schulexperte: Gewalt gegen
Lehrer in erster Linie**

Migrationsproblem

Von BEOBACHTER | Die Lehrgewerkschaft Verband Bildung und Erziehung (VBE) hat eine brisante Umfrage in Auftrag gegeben. Danach schildert über alle Schulformen hinweg jede vierte Schulleitung Fälle körperlicher [Gewalt gegen Lehrkräfte](#). Von Einzelfällen kann keine Rede mehr sein. Natürlich tabuisieren die Mainstream-Medien auch hier die Gretchenfrage, wer denn in erster Linie für die zunehmende Gewalt vor allem an Grundschulen verantwortlich ist. Der Gymnasiallehrer, Buchautor und Coach Wolfgang Kindler nimmt aber kein Blatt vor den Mund.

Im WDR-Hörfunk-Interview redet er in einer Weise Klartext, die heutzutage im Zeichen angstvoll rumeiernder Experten ihres gleichen sucht. Die Fragen und Antworten sind im Folgenden in gekürzter Fassung und gestraffter Form wiedergegeben.

Interviewerin: Woran liegt es, dass über Gewalt gegen Lehrer lange nicht gesprochen wurde?

Kindler: Das passt nicht zur Rolle. Man war ja Autorität, man war stark. Lehrer leiteten und waren lange Zeit Respektspersonen. Gegen Respektspersonen gibt es keine Gewalt. Wenn man mit Klischees bricht im Verhalten, wird das lange verschwiegen.

I.: Wie zeigt sich Gewalt?

K.: Sie zeigt sich im körperlichen Bereich in geringerem Maße, wenn man die vier Prozent laut Forsa-Studie nimmt – aber im Umgang, in der Bedrohung, sie beschimpft, öffentlich attackiert. Das ist deutlich mehr geworden. Ich mache das an der simplen Tatsache fest, dass das Hauptthema in meinen Mobbing-Seminaren derzeit ist: Wie gehe ich mit Angriffen von Eltern und Schülern um?

I.: Auf die Schülerseite geschaut: Gibt es bestimmte Gruppen

von Schülern, für die vor allen Dingen Gewalt ein Zeichen ist gegen Lehrer vorzugehen?

K.: Natürlich gibt es bestimmte Gruppen, aber da haben wir große Schwierigkeiten, die einfach zu benennen. Ein Beispiel ist die Rüttli-Grundschule in Berlin, die Sicherheitskräfte eingefordert hat. Derselbe Sicherheitsdienst ist schon an acht anderen Grundschulen in Neu-Kölln in Berlin tätig, und das sind immer Schulen mit einem hohen Migrationsanteil. Wir haben das Problem, dass Kinder aus Migrationszusammenhängen häufig körperlich gewalttätiger sind als andere. Das Problem ist, dass es öffentlich zu wenig diskutiert wird, wie man damit umgehen kann. Ähnlich auch bei Eltern. Wir haben körperliche Übergriffe, das beschreiben die Berliner Schulen, in erster Linie von Eltern aus Migrationszusammenhängen.

I.: Warum wird darüber nicht öffentlich diskutiert?

K.: Es gibt in Deutschland bestimmte Tabus. Wenn ich so was öffentlich thematisiere, gelte ich gleich als rechtsradikal, oder als Nationalist oder als Rassist. Wir haben ja eine bestimmte schlimme Tradition. Und jedes Erwähnen von fremden Gruppen etwa gilt schon als Rassismus. Wir haben auch in der Öffentlichkeit ein großes Problem, das so zu benennen, weil – jetzt bin ich mal sehr böse – die politischen Parteien es sehr lange versäumt haben, offen zu solchen Problemen zu diskutieren.

Interviewerin fragt zur Rolle von Schulleitungen.

K.: Schulleitungen haben eine entscheidende Rolle. Es gibt sehr viele Schulleitungen, die sich gegen Lehrer wenden, sobald sich Beschwerden gegen Lehrer häufen. Es gibt Schulleitungen, die große Angst haben, dass Übergriffe nach außen dringen, weil ihre Schule dann in einem schlechten Licht dasteht und sie eventuell Schüler verlieren könnten. Es gibt Schulleiter, die Lehrer auffordern, auch bei gewaltsamen Übergriffen gegen sie zu schweigen, es hinzunehmen, keine

Anzeige zu erstatten, eben aus Angst vor Imageverlust. Wenn eine Schulleitung einen Lehrer unterstützt, dann kann man sich anders zur Wehr setzen, dann reagiert man als Lehrer selbstbewusster, klarer und souveräner.

I.: Wenn Schulleitungen Angst haben, ist so was wie Prävention überhaupt gar nicht möglich?

K.: Genau. Je mehr ich Angst habe vor einem Imageverlust, desto mehr bekomme ich ihn.

Das vollständige Interview ist [hier](#) zu hören.



Ellwangen: Schein-Aktionismus gegen Schein-Asylanten

Von JOHANNES DANIELS | Am Montag hatte sich die Polizei Baden-Württemberg submissiv einem aggressiven Mob von knapp 200 illegalen schwarzafrikanischen „Asylbewerbern“ unterworfen, sie konnten sich nur unter Lebensgefahr in einen Sicherheitsbereich der Landeserstaufnahmestelle Ellwangen (LEA) retten ([PI-NEWS berichtete](#)). Die verängstigten Polizisten wurden in Ellwangen somit selbst zu „Schutzsuchenden vor den Schutzsuchenden“ – ein weiteres Fanal des irrwitzigen deutschen Willkommensexzess.

„Großrazzia“ – Steuerzahler darf tief in die Tasche greifen

Mit einem „massiven Polizeieinsatz“ an LKA-Spezialkräften hat die Polizei am Donnerstagsmorgen daraufhin sage und schreibe „fünf Afrikaner in Gewahrsam genommen“, darunter den ausreisepflichtigen Aggressor Yussif O. aus Togo. In der Landeserstaufnahmestelle Ellwangen sind 492 Asylforderer untergebracht, die meisten davon stammen aus Nigeria, Guinea, Kamerun und Togo.

Die Beamten rückten demnach mit über hundert Fahrzeugen an. Sie fuhren um 5.18 Uhr in der Dämmerung und ohne Beleuchtung durch die geöffnete Schranke der Unterkunft. Kurz danach war „lautes Geschrei“ aus der LEA zu hören. Krankenwagen mit und ohne Blaulicht verließen das Gelände, teils in Polizei- und Notarztbegleitung. Polizeisprecher Bernhard Kohn: „Der Rettungsdienst hatte gut zu tun.“ Zur Beweissicherung fuhr auch ein Kamerawagen der Polizei übers Gelände.

Nach neusten Informationen wurden bei dem Großeinsatz der Polizei Aalen drei Menschen verletzt, als sie „aus den Fenstern sprangen“ – die Schwerkraft ist ein Nazi. Auch ein Polizeibeamter wurde bei dem Einsatz verletzt.

Konkrete Hinweise: Merkel-Mob wollte sich bewaffnen

Nach der wiederum gescheiterten Abschiebung des „23-jährigen“ „Asylbewerbers“ „Yussif O.“ aus dem westafrikanischen Togo hatte die Polizei mehrere Hinweise auf eine gezielte Bewaffnung der „Schutzsuchenden“ in der Flüchtlingsunterkunft in der Georg-Elser-Straße: „Da es zudem ernstzunehmende Aussagen aus der aggressiven Ansammlung gab, dass man sich bei einem erneuten Auftreten der Polizei nicht nur wieder in ähnlicher Form zur Wehr setzen werde, sondern dass man sich durch Bewaffnung auf die nächste Polizeiaktion vorbereiten wolle, sollen im Zuge der Polizeiaktion gefährliche Gegenstände aufgefunden und beschlagnahmt werden“, heißt es in einer Pressemitteilung der Polizei. Insgesamt waren „mehrere hundert Einsatzkräfte“, 34 Rettungssanitäter, Notärzte,

Willkommens-Ärzte und medizinisches Personal bei der Aktion im Einsatz.

Afrikanische „Geflüchtete“ hatten in der Nacht zum Montag die Abschiebung des Togolesen mit erhöhter Gewalt verhindert. Die Polizei musste die „Abschiebung“ abbrechen, weil die Situation für die Streifenwagenbesetzungen zu gefährlich geworden sei – im Klartext: die vier Polizisten wurden massiv attackiert, die Polizeieinsatzfahrzeuge teils erheblich beschädigt.

Yussif O. will jetzt „arbeiten“: Deutschland sagt doch WELCOME zu uns

Der am Montag eigentlich nach Italien abzuschiebende Rädelsführer Yussif versteht das Merkel-Sozialsystem nicht mehr: „Die Polizei hat schon im Februar versucht, mich abzuschieben. Deutschland sagt doch „Welcome“ zu uns Flüchtlingen. Die geben jeder Person eine Duldung“, sagte er. Seine „Brüder“ seien ihm nun „zur Hilfe gekommen“, erklärt der Merkel-Ork mit Ray-Ban-Sonnenbrille mit Blick auf den gescheiterten Polizeieinsatz. Er befand sich heute noch im Ellwangerer Heim, ist aber am Dienstag kurzfristig untergetaucht: [„Ich kam als Flüchtling in Italien an.“](#) Die Italiener „haben uns rausgeschmissen, nachdem sie unsere Fingerabdrücke genommen hatten.“

Doch Yussif lässt sich vom deutschen Dhimmi-Staat nicht unterkriegen und erklärt Taqiyya-artig:

„Ich lasse mich von keinem dahin zurückbringen. Ich will hier für meine Zukunft arbeiten. Ich weiß nicht, was sie jetzt mit mir machen.“

Beherzte Arbeitgeber aus der Asylindustrie, Tanztherapeuten, Asylfreundeskreise, Kirchenvertreter und „seine“ Anwälte werden dafür sorgen, dass sich der völlig traumatisierte Rädelsführer im deutschen Steuersystem auf seine Art wohlfühlen wird.

Ellwangen – Staat hält auch die andere Wange hin

Der Fall, der verdeutlichte den kompletten Kontrollverlust des deutschen (Un-) Rechtsstaates, der im Zuge der bunten Willkommensorgie der Systemparteien Recht und Gesetz schon lange nicht mehr hinreichend durchsetzen kann: Bernd Weber, Vizepräsident des Polizeipräsidiums Aalen, in einer Mitteilung: Es sei ganz klar, dass sich der Rechtsstaat nicht von einer aggressiven Menge in der Durchsetzung rechtsstaatlichen Handels abbringen lasse. „Das Recht wird durchgesetzt werden, dafür stehen wir.“

Immerhin fünf (!!!) afrikanischen Merkel-Gäste werden nun aufgrund von Drogen- und Eigentumsdelikten, Sachbeschädigung, Gefangenenbefreiung, Landfriedensbruch und „Widerstandshandlungen“ beschuldigt. Wie die Justiz-Verfahren mit Migrantentarabatt in der Regel ausgehen, ist bekannt. 17 „Randalierer“ wurden in andere Unterkünfte in Winfried Kreischmanns Willkommens-Ländle „verlagert“, ebenso wie das tatsächliche Problem. Abgeschoben werden die wenigsten der Ellwanger Kriminellen werden. Und wenn, dann sind sie mit dem nächsten „EU-Relocation-Jet“ wieder mittendrin statt nur dabei im deutschen Sozial- und Gesundheitssystem. Welcome whole Shithole Africa!

Ursache klagt über Problem – CDU plötzlich mit „rechts-populistischen“ Tönen!

Bundesinnenminister Horst Dreier, CSU, beurteilt „Ellwangen“ als „Schlag ins Gesicht der rechtstreuen Bevölkerung“. Ein „empörender Sachverhalt“ für Seehofer. Weiter sagte er, so dürfe „das Gastrecht nicht mit Füßen getreten werden. Diese Dinge müssen mit aller Härte und Konsequenz verfolgt werden“, schloss Seehofer. Allerdings wird nur ein minimaler Bruchteil aller Ausreisepflichtigen derzeit abgeschoben, verurteilte Mörder, polizeibekannte Gefährder und Terroristen sowie Bin-Ladens Leibwächter und viele Taliban-Führungskader sind nach wie vor Ehrengäste der feisten

„Fremden-Führerin“ im Kanzleramt.

Als „Reaktion auf den Vorfall“ forderte der CDU-Innenpolitiker Armin Schuster jetzt schuldbewusst ein härteres Durchgreifen der Sicherheitsbehörden. „In unserem Rechtsstaat gibt es eindeutige rote Linien, die mittlerweile beinahe täglich von Asylbewerbern vorsätzlich überschritten werden“, kolportierte Schuster. Er erwarte nun „politische Rückendeckung auf allen Ebenen für mehr spürbare Härte im Vorgehen unserer Exekutivbehörden“. Das verschurbelte Pfeifen im Walde – ausgerechnet aus der Merkel-Partei, die Deutschland mit Millionen von illegalen Asylforderern seit Jahren überschwemmt und weiterhin die EU-Reloaction-Umvolkung mit Massen von kampfbereiten Aggressoren fördert. Ein Schein-Kampf gegen die Windmühlen der an der „Flüchtlingskrise“ milliardenverdienenden so genannten „Kirchen“ und Asylinindustrien.

Nur Alice Weidel und die AfD spricht Klartext

Die AfD-Fraktionschefin im Bundestag, Alice Weidel, schrieb auf Twitter: „Der Rechtsstaat wird von seinen „Gästen“ mit Füßen getreten.“ Sie forderte: „Asylbewerber, die Abschiebungen zu verhindern versuchen, haben ebenfalls ausgewiesen zu werden!“

Der „erschütternde Einzelfall“ aus Baden-Württemberg zeigt einmal mehr, dass die schlimmsten Befürchtungen vieler aufrechter Warner nun zur traurigen Realität in unserem Land geworden sind. Denn nicht nur in den Asylenklaven, „Anker-Willkommens-Zentren“ und NoGo-Areas von verkommenen Großstädten regiert ein unseliger Mob aus Merkel-Zombies und Linksfaschisten unser Land. Der „Mob“ sitzt mitten in Berlin, im Justizapparat, an den Links-Universitäten und in den immer noch umvolkungstrunkenen GEZtapo-Medien. Dieser Mob hat das Kommando über unser Land übernommen.

Ellwangen ist mehr als ein weiteres Symptom eines kompletten Staatsversagens der Systemparteien – da hilft auch kein noch

so bemühter Scheinaktionismus morgens um 5.18 Uhr im grün-schwarzen Schwabenländle. Das Kind steckt bereits tief im Brunnen fest.

Alles Pogo in Neu-Togo!



Österreich: Vizekanzler Strache will politischen Islam verbieten

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am Mittwoch Abend gab Österreichs Vizekanzler Heinz-Christian Strache in dem neuen Polit-Livetalk „Brennpunkt“ [von krone.at](https://www.vonkrone.at) bekannt, dass es das Ziel der Regierung sei, den politischen Islam zu verbieten. Er sei der neue Faschismus sowie eine Gefahr unserer Zeit und habe einen verhängnisvollen Einfluss vor allem auch auf Kinder und Jugendliche. Religion werde als Feigenblatt für politische Stoßrichtungen verwendet. Das Islamgesetz müsse bearbeitet werden, damit politisch agierende Islamvereine aufgelöst und radikale Hassprediger ausgewiesen werden könnten.

An der Sendung nahm auch Tarafa Baghajati teil, der Obmann der „Initiative muslimischer Österreicherinnen“. Er betonte, dass er „politischer Imam“ sein wolle, aber nicht im Sinne des „Missbrauchs“ der Religion. Damit betreibt der listige Baghajati die typisch islamische Vernebelungstaktik Taqiyya,

denn der Islam wird keinesfalls „missbraucht“, wenn er die politische Herrschaft mit Hilfe von Gewalt, Terror und Krieg anstrebt, sondern wird exakt so ausgeführt, wie ihn Mohammed konzipierte. Die Handlungsanweisung dazu ist das allzeit gültige Befehlsbuch Koran.

Auch die SPÖ scheint sich beim Thema Islam so langsam zu bewegen. So meinte Josef Cap, stellvertretender Klubobmann der SPÖ – im Gegensatz zu Wiens Bürgermeister Michael Häupl – dass für ihn Kopftücher keine Bereicherung des Stadtbildes darstellten und es keine Kumpanei der SPÖ mit Moscheevereinen gebe. Wer sich nicht integrieren wolle, solle Österreich wieder verlassen. Aber er ist weiterhin der Auffassung, dass es „DEN Islam“ ja eigentlich nicht gebe, was faktisch falsch ist. Denn sowohl Sunniten als auch Schiiten berufen sich auf Mohammed, den Koran und die Hadithe als zentrale Quellen ihres „Glaubens“. Sie streiten sich nur über den „wahren“ Nachfolger des Propheten, was ausreicht, dass sie sich seit 1400 Jahren gegenseitig massakrieren. Andere zahlenmäßig unbedeutende Strömungen im Islam wie die Sufis und Aleviten sind unerheblich, da sie vom sunnitischen Islam als „Ungläubige“ bezeichnet werden, die sich nicht nach der wahren Lehre richten würden.

Cap begeht auch den Fehler, die „osmanischen Ansprüche“ von Erdogan als „unislamisch“ anzusehen, was von anderen Moslems nicht geteilt werden würde. Der Herrschaftsanspruch ist vielmehr ein fester Bestandteil der islamischen Lehre, was von allen Moslems, die sich mit ihrer „Religion“ beschäftigen, verinnerlicht wird.

Martin Engelberg von der ÖVP erwies sich als völlig naiv, indem er forderte, Moslems in Österreich sollten zusammen mit der jüdischen Gemeinde eine Allianz gegen Antisemitismus zu bilden. Immerhin hat er erkannt, dass anti-jüdische Slogans heutzutage von Moslems, nicht von Rechtsextremen gerufen werden. Kein Wunder, denn der Hass auf Juden ist ein elementarer Bestandteil der islamischen Ideologie, was

kürzlich der libanesischstämmige Islamkritiker [Imad Karim](#) und auch ich in [tatsachenbasierten Videos](#) ausführlich erläuterten. Genauso widersinnig hätte Engelberg fordern können, dass sich Menschenfresser zum Veganertum bekennen sollten.

In dem Video der Sendung (Beginn bei Minute 7:07) sind die klaren Aussagen von Heinz-Christian Strache bei 9:30, 23:35, 40:40, 44:30, 52:25 und 1:00:10 zu sehen:

Strache hat sich in der Beurteilung des Islams seit der Unterzeichnung der Jerusalemer Erklärung am 7. Dezember 2010 zusammen mit Vertretern der Parteien Die Freiheit, Vlaams Belang und den Schwedendemokraten kontinuierlich weiterentwickelt. Christian Jung und ich haben diese hochinteressante einwöchige Reise damals für PI-NEWS [journalistisch begleitet](#). Mit dem Vorstoß zum Verbot des politischen Islams hat Strache nun eine neue Ära der Auseinandersetzung mit einem der wichtigsten Themen des 21. Jahrhunderts eingeläutet und erweist sich damit zusammen mit Geert Wilders als bedeutendster Politiker Europas bei der Lösung des Islamproblems. In Deutschland wachsen AfD-Politiker wie Albrecht Glaser, Dr. Gottfried Curio und Hans-Thomas Tillschneider in diese Rolle hinein.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim

islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier. Von 2009 bis 2011 versuchte er im dortigen Integrationsausschuss vergeblich die Islamkritik zu etablieren. Im Mai 2011 wechselte er zur Partei „Die Freiheit“, wo er ab 2012 bayerischer Landesvorsitzender und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender war. Seine [Youtube-Videos](#) haben über 22 Millionen Zugriffe. Zu erreichen über [Facebook](#).



Hamed Abdel-Samad: Das Projekt „Integration“ ist gescheitert

Es gibt wenige deutsche Publizisten, die wirklich mutig sind. Die Anti-Rechts-Mafia, nein, sie ist nicht „mutig“. Sie erntet Preise, Gehälter, fette Posten. Wirklich mutig – das sind Leute wie Hamed Abdel-Samad. Für diesen Mut muss er bezahlen. Polizeischutz, Verleumdung durch linke Medien, Gefährdung durch radikale Moslems. Warum?

Weil Abdel-Samad den Finger in die Wunde legt, wenn es um Themen wie Islam, Multikultur oder Integration geht. Und: Weil er es nicht polternd tut, sondern fundiert und eloquent. Kurz: Abdel-Samad ist eine Luxuswaffe im Kampf gegen Verblödung durch den Mainstream.

Das beweist auch sein neues Buch. [„Integration. Ein Protokoll](#)

[des Scheiterns](#)“. Man muss hoffen, dass es wie sein Mohammed- und Koran-Buch ein Bestseller wird!

Seine Ausgangsbasis in Bezug auf „Integration“ in Deutschland ist schlüssig: „Nach all den Bemühungen, Konferenzen und Integrationsprojekten sind vor allem der politische Islam und die Kultur des Patriarchats in Deutschland gut integriert, und das mit staatlicher und kirchlicher Unterstützung.“

Abdel-Samad wählt eine übersichtliche Gliederung. Zuerst beschreibt er den Zustand der Integration und trennt Fakten von Mythen. Danach beschreibt er, wie bei ihm – er wurde 1972 in Ägypten geboren – Integration noch aussah und wie sie heute ist.

Diese Passage ist herausragend und für jede Argumentation eine Schatzgrube. Denn Migration damals und heute – das sind zwei paar Stiefel, wie jeder bestätigen kann, der die Gastarbeiter aus Italien mit den „Flüchtlingen“ von heute vergleicht.

Dann geht Abdel-Samad zur Analyse über: Wo wurden die Weichen falsch gestellt, welche Wendepunkte gab es? Wie entstanden No-Go-Areas und wer trug dazu bei? Wie ist es um unsere Sicherheit bestellt? Welche Islamgruppen sind auf dem Vormarsch?

Ohnehin: Islam. Abdel-Samad kennt die Ideologie in und auswendig. Er untersucht daher in einem Kapitel das Kopftuch als Symbol der Unterdrückung und weist nach, dass die vermeintliche Freiheit vor allem Zwang bedeutet. Aber auch Salafismus und andere Erscheinungen des radikalen Islam in Deutschland werden dem Leser verständlich und deren Vernetzungen deutlich gemacht.

Dann geht der Autor auf eine wichtige Sache ein: Wieso sind die einen Migrantengruppen besser integriert als andere? Er untersucht Wertesysteme der Herkunftsgesellschaften und zeigt Unterschiede auf.

Besonders hervorhebenswert sicherlich das Ende des Buches. Abdel-Samad wagt eine positive Prognose und eine negative. Wir wollen aber nicht zu viel verraten, denn dieses Buch sollte jeder gelesen haben, der künftig über Integration und Assimilation, Islam und Multikulti diskutieren möchte.

Bestellinformationen:

» Hamed Abdel-Samad: „Integration. Ein Protokoll des Scheiterns“, 19,99 €, [hier bestellen](#).



Offenburg: Mahnwache nach drei sexuellen Übergriffen in einer Woche

Von PI-PFORZHEIM | Auch in Offenburg, einer beschaulichen Stadt in der mittelbadischen Region Ortenau, hängt ganz gewaltig der multikulturelle Haussegen schief. Nachdem es dort innerhalb von nur sieben Tagen zu drei sexuellen Übergriffen gekommen ist (zwei Vergewaltigungsversuche, ein Delikt), war es für die Veranstalter um die erfolgreiche Demo „Kandel ist überall“ und der kommunalen AfD eine unabdingbare Bürgerpflicht, am Donnerstagabend eine Mahnwache für die deutschen Opfer abzuhalten.

Erst am Samstagmorgen hatte sich ein aus Zentralafrika

stammender Illegaler [an einer 24-jährigen Frau vergriffen](#). In den frühen Morgenstunden sah sich die junge Deutsche zunächst einer dramatischen Verfolgungsjagd ausgeliefert, bevor sie anschließend vergewaltigt und bestohlen wurde. Wie es dem geschundenen Opfer geht, darüber konnte zur Stunde noch keine Auskunft gemacht werden.

[Nach einem Hetz-Aufruf von Ver.di-„Vertrauensfrau“ Christa Streicher](#) nutzten ungefähr 100 linke Spinner die Mahnwache, um abermals ihre fadenscheinige Ideologie der nie geschehenen Völkereinigung und der „internationalen Solidarität“ breit zu treten. Die Forderung nach Sicherheit und Opferschutz wurde [gebetsmühlenartig als „Nazi-Propaganda“](#) abgetan. Das Gros der Gegendemonstranten bestand wie immer aus bekifften linken „Lebenskünstlern“ und verstrahlten Antifa-Kids, von denen keiner die 25 überschritten hat. Gesichtet wurden zudem Vertreter der Piratenpartei und die Mitglieder des wohl vom Verfassungsschutz beobachteten Vereins „Aufstehen gegen Rassismus Offenburg“.

Auf der Gegenseite unterstützten zahlreiche lokale Prominente die spontan veranstaltete und von der Polizei bestens abgeschirmte Mahnwache: Unter anderem der Bundestagsabgeordnete Thomas Seitz, der Landtagsabgeordnete Stefan Räßle, Stadtrat Taras Maygutiak und die Heidelberger Stadträtin Anja Markmann (alle AfD). Es sprachen Rosa-Maria Reiter vom Verfassungsgerichtshof des Landes Baden-Württemberg und Christiane Christen, Vizechefin der AfD-Rheinland-Pfalz. Die Abschiebung ausländischer Straftäter, eine verstärkte Grenzsicherung, aber auch die Zwangsverheiratung von Kindern waren dabei die bestimmenden Themen.